

SPD demokratischer pressediens

P. XXV/175

17. September 1970

Europa macht schnellere Fortschritte

Kritische Feststellungen zur Kritik
der CDU/CSU

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments
(Seite 1 - 2 / 60 Zeilen)

Sozialpolitisches Dilemma der CDU/CSU

Keine brauchbare Alternative zur
Regierungspolitik

(Seite 3 - 4 / 74 Zeilen)

Böse Tricks mit den Verbrauchern

Dummeufang ist heute leider immer noch möglich
(Seite 5 / 35 Zeilen)

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz notiert
Kurz informiert
"Ein Markstein in der Justizgeschichte
dieses Landes"
Justizminister Dr. Dr. Neuberger (NRW) zur
Stellung der Frau im Richterberuf

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 2183
Pressehaus I, Zimmer 217-221
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 886 846/886 847/
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Europa macht schnellere Fortschritte

Kritische Feststellungen zur Kritik der CDU/CSU

Von Ludwig Fellermeier SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Der CDU-Abgeordnete Erik Blumenfeld nennt mit seiner "Europa-Erklärung" wieder einmal offene Türen ein. Auch durch die stereotype Wiederholung früherer Aussagen von ihm wird sie weder neu noch besser. Auch dann nicht, wenn nur als neue Variante der deutsch-sowjetische Vertrag dabei zitiert wird.

Vielleicht muß nochmals verdeutlicht werden, daß der Vertrag, den die Bundesregierung mit Moskau abgeschlossen hat, der gesamten Europa-Politik dient, und daß die Bundesregierung diesen Vertrag nur abschließen konnte auf der Grundlage der militärischen Sicherheit im Rahmen der NATO und vor allem auf der Grundlage der wachsenden wirtschaftlichen und politischen Integration im Rahmen der EWG. Während der CDU-Abg. Blumenfeld in Bonn noch kritisch tönte, hat Bundesaußenminister Walter Scheel als EWG-Ratspräsident vor dem Europäischen Parlament in Straßburg deutlich gemacht, daß die Bundesregierung in den gegenwärtigen Integrationsprozeß, in dem sich die EWG befindet, ein "Motor sein will und sein wird, und daß sich die Sowjetunion darauf einstellen muß, in der Zukunft die EWG als Partner zu haben und auch im bilateralen Kontakt mit der Bundesrepublik auf wirtschaftlichem Gebiet, soweit es um Zusammenarbeit z.B. in Großprojekten geht, gleichseitig die EWG als Partner haben wird".

Was die übrigen Forderungen Blumenfelds angeht, so will er einfach nicht zur Kenntnis nehmen, daß die Beschlüsse von Den Haag nach langer Zeit des Stillstehens in der europäischen Einigung durch das entscheidende Eingreifen von Bundeskanzler Willy Brandt erst wieder in Bewegung gekommen sind. Man darf Herrn Blumenfeld

und seine Partei an folgendes erinnern:

1. Erstmals gibt es kontinuierliche Konsultationen der Außenminister zur Koordinierung einer gemeinsamen Außenpolitik.
2. Seit dem 1. Januar 1970 gibt es in der EWG nur noch eine gemeinsame Handelspolitik, die gerade nach dem deutsch-sowjetischen Vertragsabschluß in den künftigen Beziehungen zur EWG und den COMECON-Staaten sehr bedeutsam werden wird.
3. Der Stufenplan der EWG zur Wirtschafts- und Währungsunion und die Vorschläge der sogenannten Werner-Gruppe sind eine gute Grundlage, den Integrationsprozeß zu beschleunigen.
4. Die SPD hatte bereits 1964 einen eigenen Gesetzentwurf zur Direktwahl der Abgeordneten im Europäischen Parlament im Bundestag eingebracht, der damals von der CDU/CSU allerdings abgelehnt worden war. Deshalb wird die SPD-Fraktion erneut einen Gesetzentwurf erarbeiten und interfraktionelle Gespräche darüber anbieten, damit es zu einer gemeinsamen Willenskundgebung aller drei Fraktionen im Deutschen Bundestag in der Frage der Direktwahl kommen kann.

Wir haben in den letzten 12 Monaten in der Zusammenarbeit mit den sechs Ländern der EWG mehr Fortschritte gemacht als in vielen Jahren zuvor. Neben dem inneren Ausbau der Gemeinschaft haben die Beitrittsverhandlungen erfolgreich begonnen. Es ließ aufhorchen, als Bundesaußenminister Walter Scheel am Mittwoch in Straßburg erklärte, daß die Bundesregierung ihren gesamten politischen Einfluß dafür einsetzen werde, daß im Jahre 1971 nicht nur die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen, sondern Großbritannien, Norwegen, Dänemark und Irland dann bereits Vollmitglieder in der EWG geworden sind.

Sozialpolitisches Dilemma der CDU/CSU

Keine brauchbare Alternative zur Regierungs-Politik

Der Bundestag hat seine Arbeit nach den Parlamentsferien mit einer umfangreichen sozialpolitischen Tagesordnung begonnen. Die Hilfen für die Behinderten, der Ausbau des Krankenversicherungsschutzes der Angestellten, die Verbesserung des Kindergeldes und agrarsoziale Aufgaben standen dabei im Mittelpunkt.

Die Parlamentsdebatte hat in zweierlei Hinsicht Aufschluß über die sozialpolitische Lage gegeben: 1/ hat sie die sozialpolitische Zielstrebigkeit und Handlungsfähigkeit der sozialliberalen Bundesregierung unterstrichen und zugleich verdeutlicht, daß die Konzeption des Sozialberichts Schritt für Schritt in konkrete Regierungsvorlagen umgesetzt wird, und 2/ zeigte es sich, wie schwierig es für die CDU/CSU ist, sich gesellschaftspolitisch zu profilieren und aus ihren innerparteilichen Widersprüchen herauszufinden.

Soweit es die Regierung angeht, hat Bundesarbeitsminister Walter Arendt vor dem Parlament deutlich werden lassen, daß schon ein dreiviertel Jahr nach Regierungsübernahme mit dem "Aktionsprogramm für Rehabilitation" daran gegangen wird, den behinderten Menschen in unserem Lande mehr Selbstbehauptung und Entfaltung in der Gesellschaft zu ermöglichen. Der dominierende Gedanke, in der sozialen Sicherung mehr Gerechtigkeit und Funktionsfähigkeit durchzusetzen, wurde auch greifbar, als Arendt die Vorlage der Regierung zum Ausbau des Krankenversicherungsschutzes der Angestellten erläuterte.

Die Sprecher der CDU/CSU hatten es schwer, in dieser breit angelegten sozialpolitischen Debatte des Parlaments ihre inner-

parteilichen Widersprüche bei der Bewertung der Gesellschaftspolitik zu verbergen. Während die einen aus diesem Lager den Ausbau staatlicher Sozialpolitik und die Einbeziehung neuer Personenkreise in die soziale Sicherung wollten, reagierten die anderen im Stil der früheren 60er Jahre und forderten mehr Selbstvorsorge für den privaten Bereich. Hinter ihrer formelhaften Sprache akzentuierte sich in Wahrheit die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung in der CDU, die spätestens mit der Vorlage ihres Programmentwurfs im Sommer begonnen hat und sich ihrem Höhepunkt zubewegt. Auf der einen Seite wagt es die CSU in diesem Entwurf nicht mehr, wie früher gegen den Gedanken umfassender sozialer Sicherung grobschlüchtig zu Felde zu ziehen. Auf der anderen Seite werfen gerade darum starke konservative Kräfte dieser Partei den Programmverfassern vor, eine Position der Annäherung, um nicht zu sagen der Imitation sozialdemokratischer Auffassungen zu beziehen und das eigene Gesicht - was immer man darunter auch versteht - zu verlieren.

Im Bundestag wurde das besonders deutlich bei den Diskussionen über den Ausbau des Krankenversicherungsschutzes für Angestellte. Mehr als ein Jahrzehnt hatten die Kräfte der CDU, vom Wirtschaftsrat bis zu den Sozialausschüssen, gemeinsam für niedrige Versicherungspflichtgrenzen gestimmt und damit große Teile der Angestellten und ihre Familien aus dem vollen Krankenversicherungsschutz ausgeschlossen. Nachdem nunmehr die neue Bundesregierung jedem Angestellten durch Gesetz den Arbeitgeberanteil am Krankenversicherungsbeitrag sichern und jedem Angestellten die Beitrittsmöglichkeit für die gesetzliche Krankenversicherung eröffnen will, wagt es die CDU nicht mehr, die alte soziale Restriktionspolitik gegenüber den Angestellten fortzusetzen. In der Opposition muß sie hinzulernen, und CDU-Sprecher geben das vor dem Parlament zu. Aber gerade dieser Sachverhalt ist es, der die Konservativen der Partei mobilisiert und der zu seltsamen Verkrampfungen führt.

Die CDU/CSU kann heute ihre inneren sozialen Widersprüche nicht mehr durch gemeinsame Macht- und Regierungsausübung überbrücken. Sie kann nicht mehr sagen, "unser Programm ist die Regierung". Jetzt sitzt sie in der Opposition, und ihre Opposition ist kein Programm. Sie muß nun dem Volk sagen, was sie eigentlich will, grundsätzlich und im einzelnen. Die erste sozialpolitische Debatte nach den Parlamentsferien hat deutlich gemacht, wie schwer das der CDU fällt.

Gegenüber der Aktivität und Sozialplanung der Bundesregierung wirkte die CDU/CSU im Parlament politisch blaß, fachlich - wie sich insbesondere in der Rehabilitationsdebatte zeigte - nicht auf der Höhe, und im Prinzipiellen - wie vor allem bei dem Krankenversicherungsschutz der Angestellten deutlich wurde - von Widersprüchen durchsetzt.

Böse Tricks mit den Verbrauchern

Dummenfang ist heute leider immer noch möglich

Wie findet man auf möglichst bequemen und erfolgverheißenden Wegen Zugang zu einem interessierten Konsumenten? Diese durchaus begründete Überlegung ist von manchen Firmen und Vertretern auf ihre Weise gelöst worden. Aber die Methoden werden nicht nur vom Verbraucher, sondern auch von der Rechtsprechung als unzumutbare Belästigung mißbilligt.

In dieser Kategorie gehört die Geschäftsanbahnung per Telefon, die sogenannte Telefonwerbung, genauso wie die Methode, statt des angekündigten schriftlichen Informationsmaterials gleich einen Vertreter ins Haus zu schicken. Einzuzurechnen wäre hier ebenfalls das Manöver mit der angeblichen Befragungsaktion oder auch der Trick mit Preisrätseln und Verlosungen. So gibt es häufig als Gutscheine deklarierte Werbeantworten. Auf ihnen steht dann beispielsweise vorgedruckt: "Erbitte unverbindlich und kostenlos Ihr Farbbildangebot." Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte einen solchen Fall zu entscheiden. In dem Urteil heißt es, daß eine Firma unlauter handelt, wenn sie das in dieser Form gemachte Angebot nicht zusendet, sondern es unaufgefordert durch Vertreter im Hausbesuch vorlegen läßt, um dabei zum Kaufabschluß zu gelangen.

Werbeaktionen wird ein falsches Mäntelchen umgehängt, indem man sie als "statistische Umfrage" tarnt und oft noch, zusätzlich mit einer reizvollen Verlosung schmückt. Dabei ist zu bedenken, daß im allgemeinen die Gültigkeit eines Vertrages auch dann nicht berührt wird, wenn diese Geschäftsmethoden von den Gerichten als wettbewerbswidrig beurteilt worden sind. Durch die Unterschrift bindet man sich, unabhängig davon, ob der Vertrag zum Beispiel über den Telefondaakt, über einen "Gutschein" oder über eine schiefe Befragung angebahnt worden ist.

Man sollte sich auch nicht über jedes Preisrätsel und jede Verlosung freuen. Es kommt nicht selten vor, daß nur Anschriften gesammelt werden, eine echte Verlosung aber gar nicht stattfindet. Man sollte auch den Text genau lesen, denn es könnte eine Bestellung darin versteckt sein, die einem hinterher großen Kummer macht und die Geld kostet.